

## Am Rande erwähnt

### Knock-Out für die Wirtschaft

Im vergangenen Jahr haben rund 150 Studenten und Studentinnen die Studienrichtung Chemie neu inkribiert. Von diesen 150 können aus Platz- und Personalgründen nur 78 in das Praktikum im zweiten Semester. Dementsprechend wenige dürfen auch die ganz spezielle Knock-out-Prüfung der Chemiker an der TU, Stöchiometrie, schaffen. Für den Rest bedeutet das ein Jahr Wartezeit; für viele bereits ein Grund, das Studium aufzugeben. Im Praktikum für Organische Chemie im 5. Semester haben gar nur 42 Studierende Platz. Bereits jetzt warten 15 darauf, im nächsten Jahr hineinzukommen. Es bleiben also maximal 27 Plätze für jene, die die nötigen Prüfungen im heurigen Studienjahr absolvieren werden. Letztlich wurden 1990 österreichweit bei 231 Inskribenten nur 88 pro Jahr fertig. Nicht in erster Linie aus Unfähigkeit oder Desinteresse - niemand kann behaupten, daß man aufgrund von ein oder zwei nicht bestandenen Prüfungen unfähig wäre, Chemiker/in zu werden.

Die chemische Industrie aber benötigt dringend Akademiker/innen. Wie ich bei meiner Ferialarbeit in Linz erfuhr, würde die Chemie Linz derzeit 10 zusätzliche Chemiker/innen benötigen und anstellen. Diese Chemiker/innen gibt es aber nicht.

Sollten die geplanten Studienverschärfungen kommen, so werden sich sicher auch die Studierendenzahlen verringern. Es stehen also nicht nur den Studierenden, sondern auch der österreichischen Wirtschaft und damit der Volkswirtschaft harte Zeiten bevor.

Bernt Koschuh

## UOG-REFORM

### Einschränkung der studentischen Mitbestimmung ?

Am Donnerstag, den 10.10.1991 hat Vizekanzler und Wissenschaftsminister Dr. Erhard Busek das neue, 70-seitige Konzept zur Reform des Universitäts-Organisationsgesetzes präsentiert. Dieser Vorschlag sieht im wesentlichen folgende Veränderungen vor:

- Entmachtung des aus Uni-Angehörigen zusammengesetzten Akademischen Senats durch einen vom Minister eingesetzten Präsidenten mit weitreichenden Vollmachten - ein kontraproduktiver Anschlag auf die Autonomie

Gremien (von beschämenden 25% auf aussichtslose 12 %).

- Schaffung neuer "Exekutivorgane" ohne studentische Beteiligung bei gleichzeitiger Reduktion der bisherigen Gremien auf eine Zuschauerrolle.
- Totale Verbürokratisierung bei der Berufung von Professor/inn/en und faktische Ausschaltung der studentischen Mitbestimmung.
- Verweigerung echter Refor-



der Universitäten.

- Völlige Abkehr vom universitären Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre; d.h. organisatorische Trennung: machtlose Studiendepartements einerseits und mächtige Institute (ohne studentische Mitbestimmung) andererseits.
- Einschränkung der studentischen Mitbestimmung durch massive Verschlechterung der Paritäten in den bestehenden

men: Professoren auf Zeit nur in Ausnahmefällen, keine Evaluierung der Lehre, keine Abteilungen für Hochschuldidaktik, keine spürbare Verbesserung des Dienstrechts, keinerlei Maßnahme zur Erhöhung der Transparenz.

Für alle, die am vorliegenden Konzept interessiert sind, liegen auf der ÖH einige Exemplare zur Einsicht bzw. zum Mitnehmen auf.

Manfred Brandl